

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

8/XXIV/192

Bonn, 8. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Früchte der Kompromißbereitschaft</u> Moskau - Washington: ABC-Waffen nicht auf dem Meeresgrund	39
2	<u>Sportpolitische Konsequenzen</u> Nach der Bildung einer Brandt/Scheel-Regierung	32
3	<u>Machtwechsel auch in Kiel?</u> Gute SPD-Aussichten bei den Kommunal- und Landtagswahlen	51
4	<u>"Wissen ist unser Werkzeug - Überzeugung unser Motor"</u> Olof Palme, der neue Ministerpräsident Schwedens	50
6	<u>Paris in Erwartung der Regierung Willy Brandt</u> Überlegungen in Frankreich Von Georg Scheuer, Paris	73

Früchte der Kompromißbereitschaft

Moskau-Washington: ABC-Waffen nicht auf dem Meeresgrund

sp - In Genf haben sich Amerikaner und Sowjets in der UNO-Abrüstungs-Kommission auf ein Abkommen geeinigt, wonach sie sich verpflichten, in Zukunft keine atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel außerhalb einer 12-Meilen-Zone auf dem Meeresboden zu lagern; ebenfalls dürfen Abschlußrampen nicht gebaut werden. Seeminen und Polaris-U-Boote fallen nicht unter dieses Abkommen.

Zwar wurde ausdrücklich betont, es handle sich hierbei nicht um eine "Abrüstungsmaßnahme", weil bisher die genannten Massenvernichtungsmittel von keiner Macht auf dem Meeresboden gelagert wurden. Andererseits ist die Technik und Wissenschaft der großen Industrienationen heute schon so weit, daß die Vernichtungsmittel im Meer "stationiert" werden können.

Beide Großmächte einigten sich auch darauf, daß "Drittmächte" die Einhaltung des Abkommens kontrollieren können, sobald mindestens 22 Staaten der Vereinbarung beigetreten sind.

Niemand wird das Abkommen von Genf als weltbewegenden Fortschritt bei den Bemühungen um das Zustandekommen von generellen Abrüstungsmaßnahmen bezeichnen. Für die Beurteilung der Vereinbarungen ist jedoch die Tatsache wichtig, daß es Amerikanern und Sowjets nach sehr langen Verhandlungen gelungen ist, eine Kompromißlösung zu finden, und daß man auf beiden Seiten entschlossen zu sein scheint, ähnliche Kompromisse auch auf anderen Gebieten allgemeiner Rüstungsbegrenzungen anzustreben.

Das alles mag für den oberflächlichen Betrachter des Zeitgeschehens wenig bedeuten. Wer jedoch mit der Materie der Abrüstungsverhandlungen vertraut ist, wird feststellen dürfen, daß sich seit etwa drei Jahren im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine Entwicklung anbahnt, die manchmal sogar schon das hektische Kontern aus der Zeit des Kalten Krieges in Vergessenheit geraten läßt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Atomsperrvertrag, der auch nach jahrelangem Tauzieher zwischen Moskau und Washington in Form einer Kompromißlösung auf den Tisch der Abrüstungsverhandlungen in Genf gelegt werden konnte und nunmehr schon die Zustimmung von mehr als 100 Staaten gefunden hat. Auch hier zeigt sich, daß die beiden Supermächte am Verhandlungstisch bleiben und bei der Lösung schwieriger Probleme Kompromißbereitschaft zeigen.

Wäre es umgekehrt, müßte die Welt verzweifeln.

+ . -

Sportpolitische Konsequenzen

Nach der Bildung einer Brandt/Scheel-Regierung

E.D.Sch. - Die Bildung einer SPD/FDP-Regierung zieht mit Sicherheit eine Reihe sportpolitischer Konsequenzen in den Gremien für die Olympischen Spiele 1972 nach sich. Ernst Benda, bisheriger CDU-Bundesinnenminister, verliert dank seinen Posten als Vizepräsident des Organisationskomitees. Nach der Organisations-Komitee-Satzung sind der Bundesinnenminister, der bayerische Kultusminister und Münchens Oberbürgermeister Dr. Hans Jochen Vogel Vizepräsidenten. Aufgrund der angekündigten, und vom Präsidium des Deutschen Sportbundes unterstützten, Umressortierung des Sports vom Innenministerium in eine Ressorteinheit von Sport-Jugend-Gesundheit und Familie dürfte im Zuge einer OK-Satzungsänderung künftig nicht mehr der Innenminister, sondern der Bundesminister für Sport-Jugend-Gesundheit und Familie als Vizepräsident des Organisationskomitees amtierend.

Dies ergibt sich zwangsläufig aus der Zuständigkeit für die Sportförderung auf Bundesebene.

Abschied von seinem Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrates muß wahrscheinlich auch der noch amtierende Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß und der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Heinrich Köppler, als Vertreter der Bundesregierung nehmen. Vier Vertreter hat der Bund nach der Satzung der Olympiabaugesellschaft nach München zu entsenden. Neben dem Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, Lauritz Lauritzen, wurde der Bund durch Verkehrsminister Georg Leber in der OBG vertreten. Jugendlagerausschuß und eine Vielzahl weiterer Olympiavorbereitungsgremien dürften von dem Regierungswechsel nicht unbeeinflusst bleiben.

Eine sachliche Überprüfung der "Bund-Vertreter" erscheint ebenso gerechtfertigt wie notwendig. Ob es im Beirat des Organisations-Komitees weiterhin auf den "Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ankommt", erscheint überaus zweifelhaft. Vermutlich rückt an die Stelle des Beiratsvorsitzenden ein neuer Bundeskanzler Willy Brandt. Die vier Bundestagsparteien entsandten bisher Willy Brandt (SPD), Walter Scheel (FDP), CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck und CSU-Chef Franz Josef Strauß in den Beirat.

Machtwechsel auch in Kiel?

Gute SPD-Aussichten bei den Kommunal- und Landtagswahlen

sp - Das Ergebnis der Bundestagswahl hat den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein einen Sieg gebracht, der über dem bundesdurchschnittlichen Anstieg liegt und für einen konservativen kleinen Flächenstaat im Bundesgebiet bemerkenswert ist. Bei keiner Wahl seit 1950 haben die Sozialdemokraten so viel Stimmen und so viel Prozentsätze erhalten. Sie können sich jetzt auch im nördlichsten Bundesland berechnete Hoffnungen machen, im Lande Hauptregierungspartei zu werden. Mit 43,6 Prozent der Stimmen liegen sie auch weit über den Ergebnissen der Weimarer Zeit.

Im kommenden Frühjahr finden im nördlichen Bundesland bereits Kommunalwahlen statt. Seit Kriegsende hat die SPD in Schleswig-Holstein bei diesen Wahlen immer um einige Prozente besser gelegen als bei der vorhergehenden Bundestagswahl. Schon heute haben sie in den großen Städten Kiel, Lübeck und Neumünster die absolute Mehrheit und in Flensburg die Mehrzahl der Stimmen. In Schleswig-Holstein ist die SPD die stärkste Partei, die sich eine Koalition mit dem dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband.

Das Bundestagswahlergebnis vom 28. September berechtigt zu der Hoffnung, daß die SPD nun auch in den Kreistagen und vielen Mittelstädten die Bürgermeister und die Landräte stellen wird. Das umso mehr, weil bei dem Wahlkampf dabei die Gebietsreform eine große Rolle spielen wird. Die CDU tendiert hier unsicher und wünscht zu viele Kreise, wünscht die Erhaltung verhaschter Verwaltungsstrukturen. Die Sozialdemokraten haben das moderne großzügige Konzept für die Gebietsreform Schleswig-Holsteins in Richtung auf das Jahr 2000.

In 22 der 34 Städte mit über 10.000 Einwohnern wurde die SPD die stärkste Partei, in sechs erhielt sie die absolute Mehrheit. In den anderen 16 ist ohne weiteres eine absolute Mehrheit mit der FDP gegeben. Ein möglicher Einbruch bei einer Kommunalwahl gab es bislang in Schleswig-Holstein nicht. Einstige CDU-Hochburgen sind durch die Bundestagswahl angeschlagen. In vielen Landkreisen sieht es ähnlich aus. In sechs der 17 wäre eine SPD/FDP-Mehrheit möglich. Das allgemein bessere Abschneiden bei den Kommunalwahlen und die Reduzierung der Kreise unter Überziehung von Ballungsgebieten wird es möglich machen, daß auf dem ländlichen Lande in Schleswig-Holstein jetzt auch der unmittelbare Einfluß der Sozialdemokraten zum Durchbruch kommt.

Im schleswig-holsteinischen Landtag befinden sich die Sozialdemokraten mit 30 Mandaten in der Opposition, während CDU mit 34 und FDP mit 10 die Regierungskoalition bilden. Rechtsaußen steht noch die NPD mit vier Abgeordneten. Die Interessenlage des einen Abgeordneten des dänisch orientierten SSW liegt anders. Im Frühjahr 1971 finden Landtagswahlen statt. Auch hier ist vor dem Hintergrund der Bundestagswahl die Möglichkeit einer Regierungskoalition aus SPD und FDP gegeben. Das bedeutet auch drei Stimmen im Bundesrat für die neue Regierungskoalition in Bonn.

Auch für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gilt: Die SPD kommt hier immer besser ab als bei der jeweils letzten Bundestagswahl. Nur wenige Prozente für die SPD und die FDP genügen, um regierungsfähig zu werden. Die seit 1950 bestehende Vorherrschaft der CDU könnte nun gebrochen werden. Das umso mehr, weil schon vor der Bundestagswahl der SPD-Landesvorsitzende Joachim Steffen und der FDP-Landesvorsitzende Otto Eisenmann erklärte Anhänger einer SPD/FDP-Koalition in Kiel waren.

"Wissen ist unser Werkzeug - Überzeugung unser Motor"

Olof Palme, der neue Ministerpräsident Schwedens

Na - Wer ist Olof Palme, der neue Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokratie und neue Ministerpräsident Schwedens? Olof Palme kann hoffen, im nächsten Jahr bei den Reichstagswahlen in seinem Amt mit ziemlicher Gewißheit von der Bevölkerung mit absoluter Mehrheit bestätigt zu werden.

Zwei Gründe waren es, die den 1927 geborenen Direktor-Sohn, der der "guten Gesellschaft" Schwedens entstammt, Sozialdemokrat werden ließ. Nachdem er 1948 in den USA den akademischen Grad eines "Bachelor of Arts" erworben hatte, reiste er vier Monate ohne einen Pfennig durch die Staaten. Die Konfrontation mit einer allzu kapitalistischen Gesellschaft und unhumanen Rassendifferenzen hinterließen bei ihm tiefe Eindrücke. Anschließend erlebte er dann 1948 noch in der Tschechoslowakei den aufkommenden Stalinismus nach der kommunistischen Machtübernahme. Er sprach in Prag mutig für die freiheitliche Demokratie. Diese beiden Monate veranlaßten ihn, der schwedischen Sozialdemokratie beizutreten.

Olof Palme entstammt mütterlicherseits dem baltendeutschen Adel. Er spricht fließend Deutsch, Englisch und Französisch. Er diente bei der schwedischen Armee als Leutnant und wurde 1953 erster Sekretär von Tage Erlander, später Minister ohne Geschäftsbereich und schließlich Kommunikationsminister, der die schwierige Umstellung vom Links- zum Rechtsverkehr in Schweden zu dirigieren hatte.

Palme ist der anerkannte Politiker der jungen Leute. Von 1955 bis 1961 leitete er die sozialdemokratische Jugendorganisation, 1964 gelang ihm sein Durchbruch als hervorragender Politiker in einer bemerkenswerten Rede. Er sagte damals zur schwedischen Jugend: "Die Ideologen sind tot, sagen einige. Die Jugend setzt sich an einen gedeckten Tisch, behaupten andere - sie lebt in einer Gesellschaft, an der es nichts mehr zu verbessern gibt. Unsere Antwort ist: Wir stehen erst am Anfang. Der demokratische Sozialismus war niemals nützlich, hat niemals größere Aufgaben gehabt als in der Welt der wachsenden Solidarität. Wir gehen der Zukunft entgegen, Wissen ist unser Werkzeug und Überzeugung unser Motor."

In den letzten Jahren hat Palme bereits ein großes Reformwerk im Bereich der schwedischen Bildungspolitik vollendet. Unter seiner Regie wurde in Schweden die neunjährige Gesamtschule als Ganztagschule der fünf-Tage-Woche mit vorgeschaltetem Schulkindergartenjahr eingeführt. Die Zeugnisse in den Schulen werden weitgehend abgeschafft, weil man das Schulsystem in Arbeitsgruppen und Neigungsgruppen weit aufzähkelt und Versetzungsprobleme dann nicht mehr vorhanden sind. Darauf baut das Lehrlingsausbildungswesen mit starkem staatlichen Einfluß, ein weitverbreitetes Akademiesystem und das Hochschulwesen auf. Das alles ist kostenfrei und bedeutet, daß jeder Schüler gefördert aber, auch der schwache Schüler nicht in die Isolierung getrieben wird.

Olof Palme ist mit seinem Amt gewachsen. Er gilt heute als ruhiger, klarer und betont bescheidener Politiker. Er gilt als Freund des demokratischen Deutschlands. Die Bundesrepublik täte gut daran, sich als Freund zu erhalten, denn er wird zweifellos für lange Jahre an der Spitze der schwedischen Regierung stehen und dabei der Sozialdemokratie Impulse geben, die weit über Schweden hinaus beachtet werden dürften.

+ + +

Paris in Erwartung der Regierung Willy Brandt

Überlegungen in Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Der Bonner Machtwechsel wird seit einigen Tagen in Paris in seinen Konsequenzen immer konkreter geprüft. Drei Punkte werden dabei analysiert: Demokratie, EWG und Ostpolitik. Begreiflicherweise sind die Reaktionen der französischen Demokraten und Liberalen anders als die der konservativ-gaullistischen Kreise, die sich zunächst nur schwer an den Gedanken gewöhnen, daß Bonn und CDU-Regierung nicht mehr identisch sind.

Demokratie

Vom demokratischen Standpunkt aus wird der Regierungswechsel am Rhein als logische Konsequenz der parlamentarischen Spielregeln gewertet. Allzu sehr war die CDU in "ununterbrochener Machtausübung" mit dem bundesdeutschen Staat "verwebt", konstatiert beispielsweise "Le Monde" unter dem bezeichnenden Titel "Ende einer Epoche". Brandts Regierungsübernahme ist für die Franzosen gleichbedeutend mit Festigung der bundesdeutschen Demokratie.

Die französische Öffentlichkeit begrüßt den bevorstehenden Bonner Kanzlerwechsel mit Erleichterung und Sympathie. Es ist kein Geheimnis, daß Adenauer mit seiner Vergangenheit allzu lange eine schwere moralische und politische Belastung für den deutschen Ruf im westlichen Ausland war. Aus dem gleichen Grund ist Willy Brandt für die Bundesrepublik schon allein durch seine Persönlichkeit und seine Laufbahn von unschätzbarem Wert.

EWG-Sorgen

Zugleich stellt man sich in Pariser Regierungskreisen eine Reihe von Fragen über Bonns außenpolitischen Kurs. Das betrifft in erster Linie die EWG. Eine dieser Fragen lautet: Wird Bonn künftighin eindeutiger als bisher die Dringlichkeit des britischen EWG-Beitritts über die von Frankreich prioritär geförderte "Vollendung" des Agrar-Marktes der Sechs stellen? Bekanntlich ist die französische Regierung auch nach General de Gaulle - allerdings mit veränderterem Ton und Takt - "zuerst" für "Vollendung" und "Konsolidierung" des Gemeinsamen Marktes und "dann erst" für Verhandlungen mit England.

Pompidou, so verläutet offiziös an der Seine, habe für dieses

französische Konzept erst letztthin in Bonn von Kanzler Kiesinger die aus-
sprechliche Zustimmung bekommen. Brandt sei aber durchaus anderer Meinung.

Der französischen Öffentlichkeit werden die Probleme in vereinfach-
ter Form folgendermaßen präsentiert: "Unsere Partner sagen: Wir akzeptie-
ren den Agrar-Markt, wenn ihr Großbritannien zulaßt." Danach erwidert
Frankreich: "Wenn wir zuerst England die Türen öffnen, wird es niemals
einen Agrar-Markt geben. London hat die finanziellen Konsequenzen des
Agrar-Marktes immer abgelehnt. Verwirklichen wir zuerst das grüne Euro-
pa, dann werden wir gegen die englische Kandidatur nichts mehr einzuwen-
den haben."

Offensichtlich vom Quai d'Orsay inspiriert bemerkt "France Soir": "Wenn
Willy Brandt mit der FDP die deutsche Regierung bildet, wird Paris nicht
flagen." Man weiß nun in Paris, daß man in Zukunft nicht mehr auf die
sogenannten "deutschen Gaullisten" rechnen kann. Jedenfalls nicht mehr
in der kommenden Bundesregierung, höchstens noch innerhalb der neuen Op-
position der Unionsparteien.

Diesen Wandel beginnt man erst zu begreifen.

Ostpolitik

Die Ostpolitik einer kommenden Regierung Brandt/Scheel sollte in
keiner Weise durch den Fall finden, wenn man an de Gaulles Ideen
denkt, die bis jetzt auch von seinem Nachfolger im Elysee grundsätzlich
abgeschwächt wurden.

Tatsächlich erwartet man hier von der kommenden Bundesregierung neue
Gespräche mit Moskau, Warschau und Ostberlin sowie die Unterzeichnung des
Atomwaffensperrvertrages. Zugleich unterstreicht man an der Seine die
ostpolitische Konzeption, deren Verwirklichung nicht nur von Bonn, son-
dern zu einem erheblichen Teil auch vom guten Willen der osteuropäischen
Gesprächspartner abhängen würde.

Interessanterweise äußert man aber in diesem Zusammenhang auch wie-
der Bedenken, Scheel könnte zu weit gehen und gegebenenfalls die Aus-
söhnung mit Osteuropa über die westeuropäische EWG-Integration stellen;
eine überraschende Vermutung im Munde von gaullistischen Politikern, die
tatsächlich jahrelang die westeuropäische Integration ablehnten und ein
"Europa der Vaterländer vom Atlantik zum Ural" anstrebten.

Man weiß jedenfalls an der Seine, daß die Zeit der Bewegungslosigkeit
am Rhein vorüber ist und beginnt sich darauf einzustellen. Zugleich
rechnet man aber nicht mit spektakulären Änderungen in der bundesdeut-
schen Außenpolitik, sondern vielmehr mit einer konsequenten Fortsetzung
der bereits von Außenminister Brandt eingeleiteten Politik der "kleinen
Schritte". Die Angst vor einem "neuer Rapallo" - ein in Paris in perio-
dischen Abständen immer wieder an die Wand gemaltes Gespenst - bleibt
somit gebannt. Deutsche und französische Bestrebungen zu echter Ost-
West-Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit sollten künftig mit-
einander in besserem Einklang stehen als in der Vergangenheit.